

12/SN-285/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das

Präsidium des
Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	70 - GE 9 86
Datum:	25. NOV. 1986
Verteilt	1986-11-26 Freudenreich

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Hancvencl/6990

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

Unsere Geschäftszahl

11.229/03-I 1/86

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

1986-11-04

Betreff

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden.

Für den Bundesminister:

Dr. Z i e g e l w a n g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Bundesministerium
für Justiz

Postfach 63
1016 W i e n

Sachbearbeiter/Klappe
Dr. Hancvencl/6990

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom
11.802/62-I 6/86
vom 3. 10. 1986

Unsere Geschäftszahl
11.229/03-I 1/86

(0 22 2) 75 00 DW

Datum
1986-11-04

Betreff Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden

A.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nimmt zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden, wie folgt Stellung:

zu Art. I:

1. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft geht davon aus, daß durch Art. I des Gesetzentwurfes lediglich das Bundesgesetz BGBl.Nr. 136/1975 und nicht die Verordnung, BGBl.Nr. 333/1982, geändert werden soll. Es ist

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

daher im Entwurf von den im Gesetz festgesetzten Beträgen und nicht von den auf Grund des § 64 des Gebührenanspruchsgesetzes 1975 erlassenen Verordnung erhöhten Beträge auszugehen. Die Zitierung des Gebührenanspruchsgesetzes 1975 in Art. I (... in der Fassung der auf Grund seines § 64 erlassenen Verordnung, BGBl.Nr. 333/1982) ist nach Auffassung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft verfassungsrechtlich unzulässig. Zur Klarstellung der Rechtslage erschiene es außerdem zweckmäßig, daß mit dem Inkrafttreten der Gebührenerhöhungen im Gesetz, die auf Grund des § 64 erlassene Verordnung, BGBl.Nr. 333/1982, durch den Gesetzgeber aufgehoben wird.

2. Das Ausmaß der Erhöhung der Schreibgebühr in § 31 Z 3 ist nicht schlüssig begründet. So fehlt ein entsprechender Hinweis, warum die im Gesetz 1975 mit S 9,-- 1979 durch Verordnung mit S 11,-- und 1982 mit S 14,-- festgesetzte Schreibgebühr plötzlich um mehr als 100 % auf S 30,-- erhöht werden soll.
3. Der in Z 7 mit "Vereinheitlichung und Vereinfachung der Gebühren" begründeter Wegfall des Merkmales der Wissenschaftlichkeit führt indirekt zu einer Gebührenerhöhung. Das Kriterium der "besonders ausführlichen Begründung" erscheint nicht geeignet eine erhöhte Gebühr in Anspruch zu nehmen, da dies kein Kriterium für die Qualität des Gutachtens darstellt und zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen wird. Es sollten zumindest zusätzlich auch (in Analogie zu § 49 Abs.2 des Entwurfes, wo nunmehr außergewöhnliche Kenntnisse verlangt werden) "besondere Kenntnisse" gefordert werden.

zu Art. II:

Zu Art. II bestehen keine Einwendungen.

B.

25 Ausfertigungen der Ressortstellungnahme werden dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

Dr. Z i e g e l w a n g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

